

Die öffentliche Hand

Zeitung der Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst
der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

März 2009



Tarifabschluß – Viele Kollegen sauer!

40 Euro Sockelbetrag plus 3 % ab 1.3.09, ab 1.3.10 dann 1,2 %, das leistungsorientierte Entgelt (1%) fällt weg, Laufzeit bis Ende 2010 !!

Auf diesen Kompromiss für die Landesbeschäftigten im Öffentlichen Dienst (ÖD) haben sich die Verhandlungsführer von Verdi und der Länder geeinigt.

Der Abschluss liegt allerdings erheblich unter der ursprünglichen Forderung nach Lohnerhöhung von acht Prozent, mindestens aber 200 Euro im Monat.

Kein großartiger Erfolg.

Aber besser als das Nichts, das uns am Anfang der Verhandlungsrunden in der gleichen arroganten Art und Weise, in der man heute mit abhängig Beschäftigten umgeht, angeboten wurde.

Arbeit wird nicht gewürdigt. Spöttisch kam von Seiten „unserer“ Arbeitgeber:

Wenn der ÖD ein paar Wochen streikt, macht das nichts. Das merkt sowieso niemand.

Schade, das Gegenteil hätten wir Kommunisten natürlich gerne einmal demonstriert.

Sind wir mit diesem Kompromiss einverstanden, gar zufrieden?

Das können wir nicht sein. Angesichts unserer seit vielen Jahren sinkenden Reallöhne, der immer weiter wachsenden Arbeitsverdichtung (viele zehntausend Kollegen sind im ÖD in den letzten Jahren wegrationalisiert worden!) und der Dreistigkeit, mit der

mit unvorstellbaren Summen die momentane Krise des kapitalistischen Systems versucht wird zu kaschieren. Eine Krise, die nicht

an teilgenommen haben, sehr beeindruckend und hat die Arbeitgeberseite auch dazu bewogen, jetzt einzulenken.



durch uns ausgelöst wurde, sondern durch diejenigen, die in diesem Wirtschaftssystem die Macht haben. Deren Gier, (so funktioniert das kapitalistische System,) zu den Pleiten und Zusammenbrüchen geführt hat, die die Existenz von uns allen bedroht.

Nein, wir wollen nicht für eure Krise zahlen. Wir haben vernünftig gearbeitet.

Müssen wir uns mit diesem Abschluss zufrieden geben?

Vermutlich leider ja!

Zehntausende Kolleginnen und Kollegen haben sich an den Warnstreiks der letzten Wochen beteiligt. Das war für alle, die dar-

Dennoch ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad, gerade im ÖD der Länder, noch viel zu gering.

Deshalb wiegt schwer, dass es die Verhandlungsführer unserer Gewerkschaften, wegen der Laufzeit bis Ende 2010, erneut verpasst haben, zumindest bei den zeitlichen Abläufen die Tarifeinheit im ÖD (Bund, Länder, Kommunen) wieder herzustellen.

Viele Kollegen wissen, dass die Zeiten der so genannten „Sozialpartnerschaft“ vorbei sind. Uns wird nur zugestanden, was wir uns erkämpfen.

Doch es gibt noch immer viel zu viele unter uns, die nicht sehen, dass wir nicht mit unseren Ar-

beitgeben unsere Gehälter und Arbeitsbedingungen individuell aushandeln und gute Abschlüsse erreichen können, sondern dass es dafür starke Gewerkschaften geben muss.

Eine starke Gewerkschaftsbasis ist nicht nur fähig, gute Bedingungen zu erkämpfen, sondern kann auch konsequent unseren hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären auf die Finger schauen, um sie vor dem „Einknicken“ zu bewahren.

Durch die Warnstreiks haben wir dazugelernt. Wir haben gesehen, welch großer Vorteil es ist Arbeitskämpfe zusammenzuführen.

Gut war, dass die verschiedenen Fachbereiche von Verdi, zumindest die betroffenenen, sowie Beamtenbund, Polizeigewerkschaften und GEW gemeinsam vorgegangen sind. Das muss in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden, auch Branchen übergreifend.

Das bedeutet zukunftsweisendes gewerkschaftliches Handeln. Ebenso wie die Frage der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die immer der Schlüssel für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit und der Schlüssel zu mehr Lebensqualität sein wird.

Die Regierenden zeigen in den letzten Monaten, für wen sie eigentlich diesen Staat führen!

Nicht nur im Umgang mit „ihren“ Beschäftigten.

Auch im Umgang mit den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung, im Umgang mit den an den gesellschaftlichen Rand Gedrängten. Wir alle kennen genügend Beispiele.

Andererseits, wenn es um das Geld der Reichen geht, kennt ihre Großzügigkeit keine Grenzen. Innerhalb von Tagen werden Milliarden Euro bereitgestellt. Es ist das Geld der Steuerzahler, unser Geld, das sie da verteilen. Für uns ist dann nichts mehr übrig.

Der Kapitalismus ist eben nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern auch ein Herrschaftssystem. Die Regierung handelt im Interesse der Kapitalistenklasse. Die Verantwortlichen für die Wirtschaftskrise sollen durch die Steuern, die wir alle bezahlt haben, vor den Folgen ihrer eigenen Misswirtschaft bewahrt werden.

Dieses kapitalistische System ist für uns sowohl in der Hochkonjunktur, vor allem aber in der Wirtschaftskrise eine Last. Es muss durch ein System ersetzt werden, in dem nicht das maßlose Interesse der Reichen nach immer mehr Profit, sondern die Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung die Richtschnur von Politik und Wirtschaft sind.

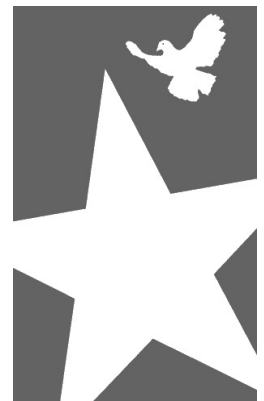
Bis das erreicht ist, gilt es für uns solidarisch zusammenzustehen. Nicht nur bei Tarifaueinandersetzungen!

“Öffentliche Hand“ ist die Zeitung der Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst der DKP Hamburg.

Die Sammelbetriebsgruppe ÖD trifft sich jeden 3.Dienstag im Monat im MTZ um 18:00 Uhr.

Zuschriften bitte an “ Öffentliche Hand“, DKP, Magda-Thürey-Zentrum (MTZ) Lindenallee 72 in 20259 Hamburg.

ViSdp: Oskar Mathießen, Hamburg



**FEST
DER SOLIDARITÄT**

**19.–21. Juni 2009
Dortmund Revierpark Wischlingen**

